

D&O-Versicherung und Managerhaftung

Lange

2., vollständig überarbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-70785-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lange
D&O-Versicherung und Managerhaftung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

D&O-Versicherung und Managerhaftung

Handbuch

von

Oliver Lange

Rechtsanwalt

2., vollständig überarbeitete Auflage 2022


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Hinweis des Verlags: Der Abdruck der Versicherungsbedingungen im Anhang erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Unternehmen bzw. des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV).

Die Musterbedingungen des GDV sind für die Versicherer **unverbindlich**; ihre Verwendung ist rein fakultativ. Abweichende Bedingungen können vereinbart werden. Die Musterbedingungen des GDV können in der jeweils geltenden Fassung abgerufen werden unter **www.gdv.de**.

Zitiervorschlag:

Lange D&O-Versicherung § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70785 8

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf

Umschlagsgestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Acht Jahre sind seit der ersten Auflage dieses Buches verstrichen, und das fühlt man ihm an: Es ist schwerer geworden. Gewicht haben vor allem ständig neue Urteile in Sachen Managerhaftung, die als Spitze eines Eisbergs veranschaulichen, was in der Praxis tagtäglich geschieht. Denn weit mehr noch als vor acht Jahren muss heutzutage eine haftungsrechtliche Inanspruchnahme fürchten, wer es als Geschäftsleiter oder Aufsichtsrat unternimmt, die Geschicke einer Gesellschaft auf Geheiß ihrer Eigentümer zu lenken. Und gerade die Eigentümer sind es, die irgendwann zur Abrechnung schreiten, gerade wenn die Geschäfte generell oder das ein oder andere einzelne Geschäft nicht wie erwartet abschneiden. Und läuft es besonders schlecht – sprich: in eine Insolvenz –, dann wartet mit Gewissheit der Insolvenzverwalter darauf, Haftungsansprüche zu ermitteln und geltend zu machen.

Die Fülle der – veröffentlichten und unveröffentlichten – Haftungsstreitigkeiten veranschaulicht aber auch, dass es in der Regel keineswegs so einfach ist, eine Haftung zu realisieren, wie sich das viele wohl vorstellen. Zwar gilt nicht mehr das berühmte Zitat von *Herrmann Josef Abs* „Einen Aufsichtsrat haften zu lassen ist schwieriger als eine Sau am eingeseiften Schwanz festzuhalten“. Man kann aber ohne Weiteres feststellen, dass der Weg zur erfolgreichen Inanspruchnahme eines Geschäftsleiters oder Aufsichtsrats keineswegs ein Spaziergang ist, sondern ein Marathon-Hürdenlauf, bei dem jede nicht genommene Hürde zum Scheitern des Anspruchstellers führt.

Der „D&O-Hürdenlauf“ wird heutzutage gegen den D&O-Versicherer gelaufen und gegen diesen gewonnen oder verloren. Das ist einerseits vielversprechend für den Anspruchsteller, winkt ihm doch (in Gestalt der Versicherungssumme) ein hohes Preisgeld. Andererseits ist der Versicherer ein trainierter Gegner, der die Wettkampfstrecke – genau diese oder eine ähnliche – schon viele tausend Mal gelaufen ist, während der Anspruchsteller sie möglicherweise zum ersten Mal läuft. Diese Ausgangslage wird von überoptimistischen Anspruchstellern nebst Trainern – ihren Anwälten –, den Gewinn vor Augen, oft unterschätzt.

Auch deckungsrechtliche Risiken werden oft verkannt. Die versicherungsrechtliche Literatur und Rechtsprechung zur D&O-Versicherung hat sich seit der ersten Auflage zwar vervielfacht und einige Deckungsfragen geklärt. Viele Aspekte der täglichen Fallbearbeitung sind aber immer noch rechtlich ungewiss, zumal es häufig um Detailfragen geht, so dass eine geringfügige Andersartigkeit im Detail eine grundsätzlich andere rechtliche Antwort zur Folge haben kann – wie eben stets im Recht. Welche Deckungsaspekte in der Praxis besonders relevant sind, lässt sich am Umfang des jeweiligen Paragraphen dieses Buches bemessen. Manche Paragraphen haben seit der ersten Auflage stark zugenommen, andere kaum. Wieder andere wurden an der ein oder anderen Stelle um neu aufgetauchte Aspekte ergänzt, die früher keine praktische Bedeutung hatten, zwischenzeitlich aber bedeutsam geworden sind. Für die Praxis lässt sich jedenfalls festhalten: Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die an einem D&O-Schadensfall Beteiligten sich nicht nur haftungs-, sondern auch deckungsrechtlich zunehmend intensiver und detaillierter auseinandersetzen, wodurch der Streitstoff je Schadensfall durchgängig an Umfang zugelegt hat. Auch dies spiegelt sich im Umfang der zweiten Auflage.

Der Verfasser weiß natürlich, dass er dem Leser viel Stoff und noch viel mehr Details zumutet. Allerdings hält er es mit dem Literaten *Karl Julius Weber* (1767–1832), der seinerzeit befand: „Ein Buch, das nicht wert ist, zweimal wenigstens gelesen zu werden, ist auch nicht wert, dass man es einmal liest.“

München, im Mai 2022

Oliver Lange



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXVII
§ 1. Grundzüge der D&O-Versicherung	1
§ 2. Grundzüge der Managerhaftung	57
§ 3. Rechtsgrundlagen der D&O-Versicherung	793
§ 4. Versicherer	895
§ 5. Versicherte Unternehmen	921
§ 6. Versicherte	953
§ 7. Versicherte Tätigkeit	983
§ 8. Versicherte Ansprüche	1015
§ 9. Versicherungsfall	1053
§ 10. Versicherter Zeitraum	1125
§ 11. Risikoausschlüsse	1181
§ 12. Obliegenheiten	1291
§ 13. (Vor-)Vertragliche Anzeigepflicht	1471
§ 14. Leistungen des Versicherers	1565
§ 15. Leistungsobergrenzen	1801
§ 16. Selbstbehalt	1833
§ 17. Selbstbehaltversicherung	1881
§ 18. Regressmöglichkeiten des Versicherers	1895
§ 19. Vergleich	2003
§ 20. Side B (Company-Reimbursement-Klausel)	2077
§ 21. Direktanspruch der Versicherungsnehmerin gegen den Versicherer	2101
§ 22. Haftungsrisiken der Versicherungsnehmerin	2143
§ 23. Internationale Aspekte der D&O-Versicherung	2173
§ 24. Vertiefende Literaturhinweise	2195
Anhang	2207
Sachregister	2289



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXVII

§ 1. Grundzüge der D&O-Versicherung

I. Einleitung	1
II. Begrifflichkeit	2
III. Arten der D&O-Versicherung	3
1. Firmenpolice (Konzernpolice)	3
2. Individualpolice (persönliche D&O-Versicherung)	4
3. Twin-Tower-Modell	4
4. Two-Tier Trigger Policy	5
5. Vergleichende Beurteilung der Deckungskonzepte	6
IV. Unternehmensdeckung (Eigenschadendeckung)	8
V. Funktionsweise der D&O-Versicherung	11
1. Haftpflichtversicherung	11
2. Versicherte	12
3. Versicherungsvertragsparteien	13
4. Versichertes Risiko	13
5. Versicherungsfall	13
6. Versicherter Zeitraum	14
7. Risikoausschlüsse	15
8. Versicherungsleistungen	15
9. Obliegenheiten	17
10. (Vor-)Vertragliche Anzeigepflicht	18
11. Leistungsobergrenzen	18
12. Vergleich	19
13. Regress	19
14. Leistungsberechtigte	19
15. Haftungsrisiken der Versicherungsnehmerin	20
16. Internationale Aspekte	20
VI. Geschichtliche Entwicklung	20
VII. Prämienentwicklung	27
VIII. Bedingungsrevolution	31
IX. Schadensentwicklung	35
X. Anteil der D&O-Versicherung an der Schadensentwicklung	39
XI. Juristische Rezeption	50
XII. Zulässigkeit der D&O-Versicherung	53
XIII. Ausblick	55

§ 2. Grundzüge der Managerhaftung

I. Einleitung	59
---------------------	----

II. Kognitionspsychologische Grundlagen der Managerhaftung	64
1. Die Lehre von der begrenzten Rationalität menschlicher Entscheidungen ...	68
2. Zur Veranschaulichung: Der Ankereffekt	69
3. Vertiefung: Das unbewusste gedankliche Streben nach Kohärenz	71
4. Verfügbarkeitsheuristik	73
5. Fragenersetzung	73
6. Das unbekannte Unbekannte	74
7. Framing	74
8. Priming	76
9. Confirmation Bias, Halo-Effekt, Primär-Effekt	77
10. Selbstüberschätzung, Affektheuristik, Überoptimismus	78
11. Kontrollillusion, Konsens-Überschätzung	80
12. Gewichtungsfehler	81
13. Unterschätzung des Zufalls	82
14. Gewinn- und Verlustempfinden, Status quo Bias	83
15. Endowment-Effekt	85
16. Versunkene Kosten	86
17. Sensitivität	86
18. Unterlassungseffekt	87
19. Rückschaufehler	87
20. Selbsterschöpfung	88
21. Positive Effekte der begrenzten Rationalität	91
III. Haftung der Mitglieder von Geschäftsleitungsorganen	92
1. Innenhaftung	94
a) Besondere Innenhaftungstatbestände	94
b) Allgemeiner Innenhaftungstatbestand	105
c) Pressebekannte Innenhaftungsfälle	524
2. Außenhaftung	536
a) Praxisrelevante Außenhaftungstatbestände	537
b) Pressebekannte Außenhaftungsfälle	686
IV. Haftung der Mitglieder von Kontrollorganen	688
1. Innenhaftung	689
a) Besondere Innenhaftungstatbestände	689
b) Allgemeiner Innenhaftungstatbestand	691
c) Pressebekannte Innenhaftungsfälle	749
2. Außenhaftung	751
V. Haftung leitender Angestellter	757
1. Innenhaftung	758
a) Darlegungs- und Beweislast	758
b) Weitgehende Haftungsfreiheit bei Handeln mit Zustimmung des Geschäftsleiters	758
c) Vereinbarte Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung	760
d) Richterrechtliche Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung	760
e) Mitverschulden des Arbeitgebers	773
f) Ausschlussfrist	778
g) Verjährung	785
h) Rechtsmissbräuchlichkeit der Inanspruchnahme des Arbeitnehmers	785
i) Versorgungszusagen des Arbeitgebers	786
j) Schuldanerkenntnis des Arbeitnehmers	787
2. Außenhaftung	790
a) Haftung wegen Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen	790

b) Haftung für Steuerschulden der Gesellschaft	791
§ 3. Rechtsgrundlagen der D&O-Versicherung	
I. Einleitung	794
II. Aktiengesetz	794
1. Gesetzliche Zulässigkeit der D&O-Versicherung	794
2. Vertretung der Versicherungsnehmerin gegenüber dem Versicherer	795
3. Interne Kompetenz zur Entscheidung über den Vertragsschluss	795
III. Versicherungsvertragsgesetz	800
1. Versicherungsvertrag	800
a) Versicherungsschein	800
b) Side A, B und C	803
c) Versicherungsgesetzliche Grenzen der Vertragsfreiheit	805
2. §§ 100 ff. VVG	806
a) Side A	806
b) Side B	809
c) Side C	810
3. §§ 43 ff. VVG	813
a) Side A	813
b) Side B	824
c) Side C	825
d) Persönliche D&O-Versicherung	826
4. §§ 74 ff. VVG	831
5. §§ 1 ff. VVG	831
IV. Bürgerliches Gesetzbuch	831
1. §§ 328 ff. BGB	832
2. §§ 305 ff. BGB	832
a) Maklerwordings	832
b) Gegenstände bisheriger gerichtlicher AGB-Kontrolle	835
c) Auslegung von AVB (auch) aus Sicht des Versicherten	841
3. §§ 123 f. BGB	848
V. Kodizes	848
VI. Satzungen, Anstellungsverträge	850
VII. Steuerrechtliche Aspekte	852
VIII. Insolvenzrechtliche Aspekte	857
1. Insolvenzzabhängige Lösungsklauseln	857
2. Wahlrecht des Insolvenzverwalters	861
3. Gefahrerhöhung durch Insolvenz?	866
4. Haftung des Insolvenzverwalters	867
5. Maklervertrag und Beratungspflicht des Versicherers	870
6. Insolvenz der Gesellschaft während des Innenhaftungsprozesses	872
7. Insolvenz des Versicherten	873
8. Auskunftspflicht des Versicherten gegenüber dem Insolvenzverwalter	893
§ 4. Versicherer	
I. Einleitung	895
II. Alleinversicherung	895

III. Versicherungsgemeinschaft	896
1. Vertragliche Konstruktion	896
2. Vorteile	897
3. Führender Versicherer	898
4. Nicht führende Versicherer	901
5. Streitwerterhöhungsklausel	902
6. Aktivprozesse der Gemeinschaft	903
7. Umgestaltung des Versicherungsvertrags	904
8. Schadensregulierung durch die Gemeinschaft	905
9. Beteiligungsmöglichkeiten der Gemeinschaft	906
IV. Anschlussversicherung	907
1. Vor- und Nachteile	911
2. Following Form	912
3. Drop Down	914
4. Difference-in-Conditions-Klausel (DIC)	916
5. Mit- und Anschlussversicherung	917
V. Nebenversicherung	918
1. Subsidiarität	918
2. Difference in Conditions (DIC)/Difference in Limits (DIL)	919
3. Kumul	920
VI. Rückversicherung	920

§ 5. Versicherte Unternehmen

I. Einleitung	921
II. Versicherungsnehmerin	922
III. Tochterunternehmen	924
1. Begrifflichkeit	924
a) Konzernpolice	925
b) Konzernierung	925
c) Als-ob-Konzernierung	926
d) Personengesellschaften	929
e) Vom Versicherungsschutz profitierende Minderheitsgesellschafter	930
2. Zeitliche Aspekte	931
a) Gegenwärtige Tochterunternehmen	931
b) Ehemalige Tochterunternehmen	931
c) Hinzukommende Tochterunternehmen	932
d) Ausscheidende Tochterunternehmen	943
IV. Sonstige mitversicherte Unternehmen	947
V. Side B	948
VI. Side C	949
VII. Fremdmandatsdeckung	950

§ 6. Versicherte

I. Einleitung	953
II. Side A	953
1. Geschäftsleiter und Mitglieder von Überwachungsorganen	959
2. Leitende Angestellte, Prokuristen	963

3. Sonstige Arbeitnehmer	968
4. Fremdmandatsträger	969
5. Liquidatoren, Insolvenzverwalter	970
6. Weitere Funktionsträger	975
7. Nahestehende Personen, Verwalter, Betreuer	977
8. Allokationsklausel	978
III. Side B	980
IV. Side C	980

§ 7. Versicherte Tätigkeit

I. Einleitung	983
II. Maßgeblichkeit des Berufsbildes	984
III. Einzelne Tätigkeitsfelder	986
1. Private Tätigkeit	986
2. Tätigkeit als Gesellschafter	994
3. Freiberufliche beratende Tätigkeit	995
4. Errichtung von Tochterunternehmen	998
5. Operative Tätigkeit	999
6. Dienstleistungsausschluss	1001
7. Fremdmandate	1004
a) Unterschiedliche Deckungsumfänge	1006
b) Übliche Grenzen der Fremdmandatsdeckung	1010
c) Allokations-Klausel	1011

§ 8. Versicherte Ansprüche

I. Einleitung	1015
II. Schadensersatzanspruch	1016
1. Anspruchsauslegung	1016
2. Versicherungsschutz trotz Geltendmachung eines nicht versicherten Anspruchs	1019
3. Versicherungsschutz bei Insolvenzverschleppungsansprüchen	1021
4. Versicherungsschutz bei Strafzahlungsansprüchen	1032
5. Versicherungsschutz bei Unterlassungs-, Beseitigungs- und Auskunftsansprüchen	1035
III. Gesetzlicher Anspruch	1035
1. Gesetzliche Ansprüche auf schuldrechtlicher Grundlage	1036
2. Versicherungsschutz trotz Geltendmachung eines nicht versicherten Anspruchs	1036
IV. Vermögensschaden	1038
1. Begriff des Vermögensschadens	1038
2. Versicherungsschutz bei Nichtvermögensschäden	1040
3. Erweiterter Vermögensschadenbegriff	1045
V. Irrelevante Gesichtspunkte	1047
1. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Ansprüche	1047
2. Verschuldensabhängige und verschuldensunabhängige Ansprüche	1048
3. Außergerichtliche und gerichtliche Ansprüche	1048

VI. Nebeneinander von versicherten und nicht versicherten Ansprüchen (Allokationsklausel)	1049
VII. Darlegungs- und Beweislast	1050

§ 9. Versicherungsfall

I. Einleitung	1053
II. Funktion des Versicherungsfalles	1053
1. Im Hinblick auf die Leistungspflicht des Versicherers	1054
2. Im Hinblick auf Pflichten der Versicherungsnehmerin und der Versicherten	1054
3. Im Hinblick auf Verfügungen über den Freistellungsanspruch	1055
4. Im Hinblick auf die Regressversicherungsobliegenheit	1056
5. Im Hinblick auf die Schadensregulierung	1057
III. Das Ansprucherhebungsprinzip (Claims-made-Prinzip)	1059
1. Begriff der Ansprucherhebung	1061
2. Begriff der „freundlichen Inanspruchnahme“	1074
3. Vollendungszeitpunkt der Ansprucherhebung	1078
4. Verbreitung des Claims-made-Prinzips	1079
5. Rechtmäßigkeit des Claims-made-Prinzips im Vergleich mit anderen Versicherungsfallprinzipien	1080
6. Unterschiedliche Fassungen der Versicherungsfalldefinition in der Praxis	1094
7. Serienschadenklausel	1095
8. Versicherungsfall und versicherter Zeitraum	1101
IV. Modifikationen des Claims-made-Prinzips	1103
1. Sichberühren eines Anspruchs	1103
2. Einleitung prozessualer oder sonstiger rechtlicher Schritte	1104
3. Weitere Ereignisse	1105
4. Vorbeugender Versicherungsschutz	1106
5. Umstandsmeldung (Notice of Circumstances)	1110
6. Gerichtsklausel	1120
7. Kündigungsklausel/Trennungsklausel	1122
8. Modifizierte Innenverhältnisdeckung	1123

§ 10. Versicherter Zeitraum

I. Einleitung	1125
II. Zeitabschnitte	1126
III. Bedeutung des versicherten Zeitraums	1127
IV. Bedingungsänderungen während des versicherten Zeitraums	1128
1. Renewal	1128
2. Gestaltungsrecht der Versicherungsnehmerin	1130
3. Haftungsrisiko der Versicherungsnehmerin	1130
4. Besitzstandswahrung (Kontinuität)	1130
5. Umstandsmeldung (Notice of Circumstances)	1133
6. Nachhaftung	1134
7. Bedingungsverbesserungen ohne Rückwirkung	1134
V. Vorwärtsdeckung	1135

VI. Rückwärtsdeckung	1135
1. Rechtsnatur	1136
2. Vorkennntisausschluss	1136
3. Kontinuität	1144
4. Ausschluss bereits angezeigter Umstände	1144
5. Ausschluss bereits anhängiger Verfahren	1145
6. Vermeidung von Zweckabschlüssen	1146
7. Befristete Rückwärtsdeckung	1146
8. Sonstiges	1147
VII. Nachhaftung	1148
1. Rechtsnatur	1149
2. Versicherungssumme	1151
3. Regulierungsmodalitäten	1152
4. Dauer der Nachhaftung	1154
5. Verjährungsdeckende Nachhaftung	1156
6. Verlängerung der Nachhaftung	1164
7. Persönliche Nachhaftung	1167
8. Verfall der Nachhaftung	1171
9. Folgen eines Prämienverzugs für die Nachhaftung	1174
10. Folgen einer Insolvenz für die Nachhaftung	1175
11. Rechtslage nach Ablauf der Nachhaftung	1176
12. Sonstiges	1179

§ 11. Risikoausschlüsse

I. Einleitung	1181
II. Grundsätze	1184
1. Konstitutive und deklaratorische Ausschlüsse	1184
2. Versteckte Ausschlüsse	1184
3. Auslegung von Ausschlüssen	1185
4. Prozessuale Gesichtspunkte	1187
III. Wissentlichkeitsausschluss	1189
1. Grundlagen	1189
2. Darlegungs- und Beweislast, Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses ...	1194
a) In der Regel keine Bindungswirkung hinsichtlich des Verschuldens-	
grades	1194
b) In der Regel Bindungswirkung hinsichtlich der Pflichtverletzung	1197
c) Mehrere Pflichtverletzungen eines Versicherten	1200
d) Mehrere Pflichtverletzungen verschiedener Versicherter	1205
3. Darlegungs- und Beweislast außerhalb der Bindungswirkung	1206
a) Primäre und sekundäre Darlegungslast	1206
b) Kardinalpflichten eines Geschäftsleiters	1215
c) Rechtsprechungspraxis	1227
d) Beweisvereitelung	1242
4. Pflichtverletzungsbewusstsein	1246
5. Schädigungsvorsatz	1251
6. Rechtsschutzgewähr und -rückgewähr	1251
7. Wissenszurechnung unter Versicherten	1258
8. Rechtsschutzgewähr und Freistellungspflicht	1260
9. Sonstiges	1260
IV. Vorsatzausschluss	1262

V. Kombiniertes Wissenlichkeits- und Schadensvorsatzausschluss	1263
VI. Auslandsausschluss	1263
1. Musterbedingungen des GDV	1264
2. Gestaltungen in der Praxis	1265
3. Ursachen des besonderen US-Risikos	1269
4. Embargo-Ausschluss	1270
VII. Strafen- und Bußen-Ausschluss	1271
VIII. Dienstleistungsausschluss	1276
IX. Vorvertraglichkeits-Ausschlüsse	1278
X. Ausschluss „Unzureichender Versicherungsschutz“	1282
XI. Umweltausschluss	1282
XII. Sonstige Ausschlüsse	1284

§ 12. Obliegenheiten

I. Einleitung	1292
II. Anzeigeobliegenheit	1293
1. Zweck der Obliegenheit	1293
2. Inhalt der Obliegenheit (anzeigepflichtige Ereignisse)	1293
a) Versicherungsfall	1293
b) Gerichtliche Anspruchsverfolgung	1294
c) Ermittlungsverfahren	1294
d) Sonstige Ereignisse	1295
e) Keine Obliegenheit zur Anzeige einer Pflichtverletzung	1296
3. Adressaten der Obliegenheit	1297
a) Versicherte	1297
b) Versicherungsnehmerin	1298
c) Mitversicherte Unternehmen	1299
d) Haftpflichtgläubiger	1300
4. Fälligkeit der Obliegenheit	1300
5. Kostentragung	1300
III. Beachtung der Regulierungsvollmacht des Versicherers	1301
1. Zweck der Obliegenheit	1301
2. Inhalt der Obliegenheit	1301
3. Adressaten der Obliegenheit	1304
4. Fälligkeit der Obliegenheit	1304
5. Kostentragung	1306
IV. Obliegenheit zur (weisungsgemäßen) Schadensabwendung und -minderung ...	1306
1. Zweck der Obliegenheit	1306
2. Inhalt der Obliegenheit	1306
a) Rettungsobliegenheit	1306
b) Weisungsbefolgungsobliegenheit	1310
3. Adressaten der Obliegenheit	1312
a) Versicherte	1312
b) Versicherungsnehmerin	1313
c) Mitversicherte Unternehmen	1314
d) Haftpflichtgläubiger	1315
4. Fälligkeit der Obliegenheit	1315

5. Kostentragung	1317
V. Auskunftspflicht	1317
1. Zweck der Obliegenheit	1317
2. Inhalt der Obliegenheit	1319
a) Erteilung von Auskünften	1320
b) Beschaffung von Belegen	1354
3. Adressaten der Obliegenheit	1377
a) Versicherte	1377
b) Versicherungsnehmerin	1386
c) Mitversicherte Unternehmen	1397
d) Haftpflichtgläubiger	1398
4. Fälligkeit der Obliegenheit	1398
5. Kostentragung	1399
VI. (Weitere) Mitwirkungsobliegenheiten	1400
VII. Alle Obliegenheiten betreffende Aspekte	1400
1. Wirksamkeit einer Obliegenheitsvereinbarung	1400
2. Erlöschen einer Obliegenheit	1404
3. Wiederaufleben einer Obliegenheit	1409
4. Darlegungs- und Beweislast für Obliegenheitsverletzungen	1411
5. Rechtsfolgen einer Obliegenheitsverletzung	1411
a) Verschuldensgrad	1415
b) Kausalität	1430
c) Belehrung	1448
d) Rechtsverlust	1454
e) Zurechnung von Obliegenheitsverletzungen	1458
f) Rückforderung erbrachter Leistungen	1464
6. Aufwendungsersatz	1467
§ 13. (Vor-) Vertragliche Anzeigepflicht	
I. Einleitung	1471
II. Zweck der Obliegenheit	1473
III. Inhalt der Obliegenheit	1474
1. Fragerecht des Versicherers	1474
2. Fragestellung in Textform	1478
3. Anzeigepflicht bei „Umdeckung“	1484
4. Fragen Dritter	1487
5. Gefahrerheblichkeit erfragter Tatsachen	1491
6. Kenntnis der Versicherungsnehmerin	1493
a) Eigenwissen	1495
b) Zuzurechnendes Wissen	1500
c) Zurechnungs- und Eigenwissenbegrenzung durch Repräsentantenklausel	1502
IV. Adressat der Obliegenheit	1508
V. Fälligkeit der Obliegenheit	1509
VI. Rechtsfolgen einer Obliegenheitsverletzung	1509
1. Erfordernis einer Rechtsfolgenbelehrung	1510
a) Inhaltliche Anforderungen	1514
b) Belehrungsinhalte in der Praxis	1515

c) Gestaltung einer rechtssicheren Belehrung	1518
d) Abweichung einer Belehrung von den AVB	1520
2. Gesamtwirkung der Gestaltungsrechte	1521
a) Comroad-Urteil	1523
b) Keine gesetzliche Beschränkung der Gesamtwirkung gem. § 139 BGB ...	1524
c) Keine gesetzliche Beschränkung der Gesamtwirkung aus anderem Rechtsgrund	1527
3. Vertragliche Beschränkung der Gesamtwirkung („Severability“)	1528
a) Severability durch Ausschluss unredlicher Versicherter	1529
b) Severability durch Leistungsverprechen zugunsten redlicher Versicherter	1533
c) Sonstiges	1535
4. Rechtsverlust des Versicherers	1537
5. Arglistanfechtung	1541
a) Arglistige Täuschung	1541
b) Darlegungs- und Beweislast	1542
c) Eigenwissen und zuzurechnendes Wissen	1545
d) Kein Kausalitätsgegenbeweis	1546
e) Ausübung des Anfechtungsrechts	1547
f) Folgen einer Anfechtung	1549
6. Anfechtungsverzicht	1551
VII. Besonderheiten bei „Altverträgen“	1558
1. „Neuverträge“	1558
2. „Altverträge“	1559
3. Konsequenzen für D&O-Versicherungsverträge	1561
4. Abgrenzung Altvertrag/Neuvertrag	1562
§ 14. Leistungen des Versicherers	
I. Einleitung	1566
II. Regulierungskompetenz des Versicherers	1566
1. Regulierungsermessen	1567
2. Regulierungsvollmacht	1570
3. Die Rolle des Maklers bei der Schadensregulierung	1579
III. Rechtsschutz	1580
1. Inhalt des Rechtsschutzanspruchs	1581
2. Wirkung einer Rechtsschutzzusage	1586
3. Tatsächliche Grundlagen der Deckungsentscheidung	1600
a) Unterschiedliche Tatsachenbehauptungen	1601
b) Identische Tatsachenbehauptungen	1604
c) Rechtsschutzgewährung in Zweifelsfällen	1605
4. Unbegründeter Haftpflichtanspruch	1606
5. Anteiliger Rechtsschutz	1607
6. Rechtsschutz bei Aufrechnung mit versichertem Anspruch	1607
7. Sonstiger Aktivrechtsschutz	1610
8. Rechtsschutz gegen Zwangsmaßnahmen	1610
9. Rechtsschutz bei Schiedsgerichtsverfahren	1611
10. Rechtsschutz bei Mediationsverfahren	1612
11. Der „Defense Counsel“	1613
a) Parteien des Mandatsverhältnisses	1614
b) Auswahl und Bevollmächtigung des Anwalts	1639
c) Vergütung des Anwalts	1644

12. Weitere Hilfspersonen	1672
a) Zweiter Defense Counsel	1673
b) Mitarbeiter der Versicherungsnehmerin	1674
c) Coverage und Monitoring Counsel	1674
13. Organisationspflicht des Versicherers	1688
a) Verteilung der Arbeitslast	1689
b) Drohende Zwangsvollstreckung	1693
c) Nebenintervention des Versicherers auf Seiten des Geschädigten	1695
14. Organisationsrecht des Versicherers	1703
15. Mitwirkungsobliegenheit des Versicherten	1705
16. Leistungszeitpunkt	1706
17. Erstattung ungerechtfertigter Leistungen	1717
IV. Freistellung von begründeten Ansprüchen	1720
1. Bewirkung der Freistellung	1720
2. Leistungszeitpunkt	1721
3. Erstattung ungerechtfertigter Leistungen	1725
V. Vertraglich vereinbarte Zusatzleistungen	1727
1. Strafrechtsschutz	1728
2. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechtsschutz sowie sonstiger Verfahrensrechtsschutz	1729
3. Rechtsschutz für den Fall aufsichtsrechtlicher Sonderuntersuchungen	1736
4. Untersuchungskosten	1737
5. Rechtsschutz für an sich nicht versicherte Ansprüche	1738
6. Good-local-standard-Klausel	1740
7. Employment Practices Liability Insurance	1741
8. Vorbeugende Rechtsberatung	1743
9. Gehaltsfortzahlung	1744
10. Public-Relation-Dienstleistungen („Reputationsschutz“)	1747
11. Weitere Assistance-Leistungen	1751
12. Versicherungsschutz zugunsten der Versicherungsnehmerin und mitversicherten Unternehmen	1755
13. Konfliktlösungsverfahren	1762
VI. Leistungsverweigerung des Versicherers	1764
1. Unberechtigte Leistungsverweigerung	1765
a) Schuldnerverzug	1765
b) Zinshaftung des Versicherers über die Versicherungssumme hinaus	1765
c) Schadensersatzhaftung des Versicherers	1765
d) Erlöschen der Obliegenheiten des Versicherten	1770
e) Deckungsprozess	1771
f) Verjährung	1784
g) Rechtsstellung des Geschädigten	1796
2. Berechtigte Leistungsverweigerung	1797

§ 15. Leistungsobergrenzen

I. Einleitung	1801
II. Versicherungssumme	1801
1. Jahreshöchstleistung	1802
2. Summenmäßige Erweiterungen des Versicherungsschutzes	1802
a) Abwehrkostenzusatzlimit	1802
b) Wiederauffüllung	1804

3. Summenmäßige Beschränkungen des Versicherungsschutzes	1807
4. Veränderungen der Versicherungssumme	1808
5. Verbrauch der Versicherungssumme durch Freistellung	1808
6. Verbrauch der Versicherungssumme durch Rechtsschutz	1809
7. Wirksamkeit eines Versicherungssummenverbrauchs gegenüber dem Haftpflichtgläubiger	1818
8. Interne Kosten des Versicherers	1819
9. Anwaltliche Stundenhonorare	1820
10. Haftpflichtzinsen	1820
11. Zusatzleistungen des Versicherers	1825
12. Auswirkungen des § 109 VVG	1825
III. Selbstbehalt	1830
IV. Eigenschadenklausel	1831
 § 16. Selbstbehalt	
I. Einleitung	1833
II. Fakultative Selbstbehalte	1834
1. Umfang eines fakultativen Selbstbehalts	1834
2. Eigenschadenklausel	1835
3. Unternehmensselbstbehalt	1841
III. Obligatorische Selbstbehalte	1841
1. Pflichtselbstbehalt bzw. Selbstbehaltvereinbarungspflicht gem. § 93 Abs. 2 S. 3 AktG	1841
a) Gesetzeszweck	1842
b) Gesetzesgeschichte	1843
c) Einzelfragen	1844
2. Selbstbehaltvereinbarungspflicht nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex	1875
3. Selbstbehaltvereinbarungspflicht nach dem Public Corporate Governance Kodex	1876
4. Selbstbehaltvereinbarungspflicht gem. BVA-Rundschreiben an die gesetzlichen Krankenkassen	1878
 § 17. Selbstbehaltversicherung	
I. Einleitung	1881
II. Versicherbarkeit des Pflichtselbstbehalts	1882
III. Ausgestaltung einer Selbstbehaltversicherung	1884
1. Stand-Alone-Modell	1884
2. Anrechnungs- und Zusatzkapazitätsmodell	1887
3. Die Akzessorietät der Selbstbehaltversicherung zur D&O-Versicherung	1889
4. Die Bezugnahme der Versicherungsbedingungen auf die D&O-Versicherung	1892
IV. Kann die Gesellschaft sich oder ihre Manager gegen den Pflichtselbstbehalt versichern?	1894
 § 18. Regressmöglichkeiten des Versicherers	
I. Einleitung	1896
II. Regress aus eigenen Ansprüchen des Versicherers	1896
1. Ansprüche des Versicherers gegen den Abschlussprüfer	1896

2. Versicherungsvertraglich vereinbarter Regress	1898
3. Regress wegen kollusiver freundlicher Inanspruchnahme	1899
4. Regress sonstiger nicht geschuldeter Versicherungsleistungen	1900
III. Regress aus Ansprüchen des Versicherten	1901
1. Regress nach Rechtsschutzgewährung	1903
2. Regress nach Freistellung	1915
3. Potentielle Regressadressaten	1916
a) Versicherungsnehmerin und mitversicherte Unternehmen	1916
b) Versicherte	1918
c) Gesellschafter der Versicherungsnehmerin	1929
d) Rechtsanwälte, Steuerberater und deren Berufshaftpflichtversicherer ...	1931
e) Sonstige	1964
4. Weitere Aspekte des Regresses	1970
5. Regresssicherungs- und Mitwirkungsobliegenheit	1972
a) Regresssicherungsobliegenheit	1973
b) Mitwirkungsobliegenheit	1982
c) Fälligkeit beider Obliegenheiten	1982
d) Kostenerstattungsanspruch	1982
e) Folgen einer Obliegenheitsverletzung	1983
6. Befriedigungs- und Quotenvorrecht	1983
7. „Wiederauffüllung“ der Versicherungssumme	1984
IV. Regress gegen andere Versicherer	1985
1. Grundsätze der Haftungsverteilung zwischen Versicherern	1986
2. Subsidiaritätsabreden	1987
a) Eingeschränkte Subsidiarität	1988
b) Uneingeschränkte Subsidiarität	1990
c) Kollidierende Subsidiaritätsabreden	1993
3. Kumul klausel	2000
4. Regress durch eine Mitversicherungsgemeinschaft	2001
§ 19. Vergleich	
I. Einleitung	2004
II. Haftungsvergleich	2005
1. Vergleichsinhalt	2006
a) Vergleichszahlung	2006
b) Teilerlass	2007
c) Freistellung von weiteren Forderungen	2015
d) Regressverzicht	2018
2. Vergleichsparteien	2018
a) Rolle des Versicherers	2019
b) Regulierungsvollmacht des Versicherers	2021
c) Vergleich zugunsten Dritter	2024
d) Haftung des Versicherers gegenüber dem Geschädigten	2024
3. Mindestvergleichssumme	2025
a) Abwägungskriterien aus Sicht der Gesellschaft	2025
b) Abwägungskriterien aus Sicht des Managers	2026
4. Innenhaftungsvergleich mit einer AG	2027
a) Risiko der Nichtigkeit	2028
b) Risikominimierung durch Einbeziehung des Versicherers	2031
c) Risikominimierung durch Freistellungsmodelle	2033
d) Abwendungsvergleich	2033

5. Restrisiken trotz Vergleichs	2034
a) Gläubigerinteressen bei Insolvenz der Gesellschaft	2034
b) Anfechtungsrecht des Insolvenzverwalters	2036
c) Risiken aus einer Gesellschafterstellung des Managers	2036
6. Haftungsvergleich und Klagezulassungsverfahren	2037
7. Haftungsvergleich mit Öffnungsklausel (relativer Haftungsverzicht)	2037
8. Vergleichsabschlusskompetenz	2039
III. Deckungsvergleich	2040
1. Vergleichsinhalt	2041
2. Vergleichsparteien	2044
3. Treuepflicht des Versicherers und des Versicherten	2044
4. Wirksamkeit eines Deckungsvergleichs gegenüber dem Geschädigten	2048
5. Regress des Versicherers	2049
6. Vergleich bei Anschlussversicherung	2051
IV. Haftungs- und Deckungsvergleich	2052
1. Vergleichsparteien	2052
2. Vergleichsinhalt	2055
3. Versicherungssummenerschöpfung	2061
4. Freistellungsvereinbarung	2065
5. Wirkung der Versicherungssummenerschöpfung gegenüber weiteren Geschädigten	2068
6. (Innen-)Haftungs- und Deckungsvergleich mit einer AG	2069
7. Arglistvorbehalt	2075
8. Vergleichsabschlusskompetenz	2076
§ 20. Side B (Company-Reimbursement-Klausel)	
I. Einleitung	2077
II. Klauselzwecke	2078
1. Regress-Ermöglichung	2079
2. Regress-Vermeidung	2080
III. Tatbestandsvoraussetzungen	2086
1. Freistellung	2086
2. Außenhaftung	2088
3. Zulässigkeit der Freistellung	2092
4. Freistellungsverpflichtung	2093
IV. Rechtsfolgen	2094
1. Zahlungsanspruch	2094
2. Einwendungen des Versicherers	2097
3. Selbstbehalt	2098
§ 21. Direktanspruch der Versicherungsnehmerin gegen den Versicherer	
I. Einleitung	2101
II. Begriff des „Direktanspruchs“	2111
III. Passivlegitimation des Versicherers hinsichtlich des Haftpflichtanspruchs	2112
IV. Abtretungsbedingte Umwandlung des Freistellungs- in einen Zahlungs- anspruch	2113
V. Abtretbarkeit des Freistellungsanspruchs an die Versicherungsnehmerin	2114

VI. Einfluss einer Rechtsschutzzusage auf die Abtretbarkeit des Freistellungsanspruchs	2117
VII. Umfang einer Abtretung „des Deckungsanspruchs“	2119
VIII. Verteilung der Darlegungs- und Beweislast im Direktprozess	2120
IX. Anspruchverfolgungskompetenz und Prozessvertretung	2124
X. Verteidigungsmöglichkeiten des Versicherers gegen den Zahlungsanspruch	2125
1. Obliegenheitsverletzung	2125
2. Nicht bindendes Anerkenntnis oder Vergleich	2127
3. Nicht bindendes Haftpflichturteil	2129
4. Fehlende endgültige Entscheidung der Haftpflichtfrage	2130
XI. Verbrauch der Versicherungssumme durch Verteidigungsaufwand des Versicherers	2134
XII. Schicksal des Versicherten nach Abtretung des Freistellungsanspruchs	2136
1. Rechtslage im Direktprozess	2136
2. Rechtslage nach Erfolg der Direktklage	2136
3. Rechtslage nach Misserfolg der Direktklage	2136
a) Schicksal des Rechtsschutzanspruchs	2137
b) Schicksal des Freistellungsanspruchs	2138
c) Kosten des Direktprozesses	2140
XIII. Abtretung des Freistellungsanspruchs an ein mitversichertes Unternehmen	2141
 § 22. Haftungsrisiken der Versicherungsnehmerin	
I. Einleitung	2143
II. Haftung der Gesellschaft wegen Fehlens eines (ausreichenden) Versicherungsvertrags	2145
1. Hintergründe	2145
2. Rechtslage bei vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2145
3. Rechtslage bei nicht vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2147
III. Haftung der Gesellschaft wegen Verschleierung des Versicherungsschutzes	2150
1. Hintergründe	2150
2. Rechtslage bei vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2153
3. Rechtslage bei nicht vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2154
a) Versicherungsvertraglicher Ansatz	2155
b) Anstellungsvertraglicher Ansatz	2156
IV. Haftung der Gesellschaft wegen Verschlechterung des Versicherungsschutzes	2159
1. Änderung des Versicherungsvertrags	2159
a) Renewal	2159
b) Deckungsvergleich	2165
c) Selbstbehaltvereinbarungspflicht	2167
2. Nicht (rechtzeitige) Zahlung der Prämie	2168
a) Hintergründe	2168
b) Rechtslage bei vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2168
c) Rechtslage bei nicht vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2169
3. Verletzung der Auskunftsbliegenheit	2169
a) Hintergründe	2169
b) Rechtslage bei vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2170

c) Rechtslage bei nicht vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2170
4. Fehlerhafte Führung eines Direktprozesses	2171
a) Hintergründe	2171
b) Rechtslage bei vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2171
c) Rechtslage bei nicht vereinbarter Versicherungsveranschaffungspflicht	2172
 § 23. Internationale Aspekte der D&O-Versicherung	
I. Einleitung	2173
II. Internationales Haftpflichtrecht	2173
III. Internationales Versicherungsrecht	2174
1. Reichweite des Versicherungsschutzes	2174
2. Versicherungsaufsichtsrechtliche Aspekte	2176
a) Lokaler Versicherungsschutz	2179
b) Financial Interest Cover (FIInC)	2180
c) Mastercover	2185
3. Versicherungssteuerrechtliche Aspekte	2187
4. Versicherungsvertragsrechtliche Aspekte	2191
5. Versicherungsprozessrechtliche Aspekte	2192
 § 24. Vertiefende Literaturhinweise	
I. (Veröffentlichte) Gerichtsentscheidungen zur D&O-Versicherung	2195
II. Literatur zur D&O-Versicherung	2195
III. Literatur zum Selbstbehalt in der D&O-Versicherung und zur Selbstbehalt- versicherung	2204
 Anhang	
I. Allgemeine Bedingungen der VOV GmbH zur D&O-Versicherung (AVB-VOV)	2207
II. Allgemeine Versicherungsbedingungen der Allianz Versicherungs-AG für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe juristischer Personen (AVB-O)	2233
III. Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haft- pflichtversicherung von Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführern (AVB-AVG)	2250
IV. Allgemeine Bedingungen der VOV GmbH zur Selbstbehalt-Versicherung [AVB-S (VOV)]	2261
V. Allgemeine Versicherungsbedingungen für die persönliche Absicherung des Selbstbehalts nach dem VorstAG (Persönliche Selbstbehaltsversicherung) [AVB-S (GDV)]	2269
VI. Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haft- pflichtversicherung von Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführern (AVB D&O)	2272
Sachregister	2289